



NIEDERSCHRIFT

19. Sitzung (VIII. Wahlperiode) Hauptausschuss

Sitzungsdatum:
Dienstag, 20.11.2012

Beginn:
16:00 Uhr

Sitzungsort:
**Schulungsraum Feuerwache,
41352 Korschenbroich**

Tagesordnung:

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Beratungen zum Haushalt 2013 VIII/699.1
 - a) Haushaltssatzung 2013 mit Haushaltsplan und Anlagen
 - b) 1. Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes 2012
4. Stellen- und Organisationsplan 2013 der Stadt Korschenbroich sowie der städtischen Eigenbetriebe VIII/694.1
5. Aufhebung der Haushaltssperre für die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Glehn VIII/671.1
6. Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln für die Erneuerung der Heizungsanlage im Kindergarten Am Hallenbad VIII/736
7. Festsetzung der Abfallentsorgungsgebühren für das Jahr 2013 in Verbindung mit der Neufassung der Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Korschenbroich VIII/710
8. Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen der Stadt Korschenbroich VIII/740
9. Mitteilungen

10. Anfragen von Ausschussmitgliedern

III. Nichtöffentlicher Teil

1. Stundungen, Niederschlagung, Erlass von Geldforderungen
2. Mitteilungen
Über die Vergabeentscheidung gemäß § 7 Abs. 4 der Vergabeordnung der Stadt Korschenbroich
Erweiterung der Finanzsoftware Infoma um das Modul Analyse und Steuerung (BI)
3. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anwesenheitsliste

19. Sitzung des Hauptausschusses Dienstag, 20. November 2012, 16:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Dick, Heinz Josef

CDU-Ratsfraktion

Berger, Peter

Brieske, Reinhard

Erhart, Renate

(als Vertreterin f. Heimanns, Hans-Bert)

Fonk, Petra

(als Vertreterin f. Lieser, Wolfgang)

Kauerz, Wolfgang

Roden, Erwin

(als Vertreter f. Krappa, Gerd)

Venten, Marc

SPD-Ratsfraktion

Jahny, Paul

Klancicar, Marcus

(als Vertreter f. Richter, Albert)

Neumann, Max

Ratsfraktion Die Aktive

Endell, Hanns-Lothar

(ab 16.15 Uhr)

Goebel, Jutta

FDP-Ratsfraktion

Westen , Raphael

(ab 16.15 Uhr als Vertreter f. Treptow, Britta)

Wolf-Kluthausen, Hanne

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Houben, Wolfgang

Beratendes Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 GO NW

Makowiack, Bernd

Von der Verwaltung anwesend

Gleichstellungsbeauftragte Brieske, Angelika

Stadtoberverwaltungsrat Drohen, Markus

Stadtoberverwaltungsrat Königsmark, Rainer

Fachbereichsleiter Onkelbach, Georg

Stadtinspektor Raddatz, Felix

Pressesprecherin Schirmer, Silke

Stadtamtsrat Schröder, Achim

Beigeordneter Stadtkämmerer Schultze, Bernd Dieter

Der Ausschussvorsitzende Heinz Josef Dick eröffnet die 19. Sitzung des Hauptausschusses und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Weiter stellt er fest, dass der Hauptausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen werden nicht erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschließt der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich einstimmig auf Vorschlag der Verwaltung gemäß § 11 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse der Stadt Korschenbroich, den öffentlichen Teil dieser Sitzung wie folgt zu erweitern:

TOP II/8 „Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen der Stadt Korschenbroich“

Die Nummerierung der ursprünglichen Tagesordnungspunkte im öffentlichen Teil dieser Sitzung ändert sich hierdurch entsprechend.

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin

Zur Fertigung dieser Niederschrift wird Stadtinspektor Felix Raddatz einstimmig bestellt.

2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung dieser Niederschrift wird das Ausschussmitglied Jutta Goebel einstimmig benannt.

3. Beratungen zum Haushalt 2013

a) Haushaltssatzung 2013 mit Haushaltsplan und Anlagen

b) 1. Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes 2012

Zu Beginn der Haushaltsberatungen schlägt Bürgermeister Heinz Josef Dick vor, die eingegangenen Haushaltsanträge der Ratsfraktionen entsprechend der Reihenfolge ihres Einganges anzusprechen.

Die im Folgenden beratenen Haushaltsanträge der Ratsfraktionen sind dieser Niederschrift als Anlage 1 – 4 und wesentlicher Bestandteil beigelegt.

a) Haushaltssatzung 2013 mit Haushaltsplan und Anlagen

3.1 Energiebewirtschaftung (CDU/SPD)

Ausschussmitglied Marc Venten gibt einen kurzen Überblick über den Haushaltsplan 2013. Seiner Meinung nach sei kein nennenswertes Sparpotential vorhanden. Soweit die Haushalte der anderen Kreiskommunen für das Haushaltsjahr 2013 bekannt sind, weist er darauf hin,

dass die Stadt Korschenbroich die geringsten Pro-Kopf-Ausgaben im Kreisgebiet aufweise. Hierzu hätten nicht zuletzt die Sparanstrengungen der letzten Jahre beigetragen. Anschließend erläutert er den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU und SPD zum Thema Energiebewirtschaftung. Vor dem Hintergrund der zukünftigen Preisentwicklung sowie des durch die Verwaltung vorgestellten Energieberichts 2011 im Umweltausschuss sollten die Tätigkeiten im Bereich der Energiebewirtschaftung zukünftig weiter intensiviert werden. Um einen entsprechenden Bericht der Verwaltung wird gemäß Antrag gebeten.

Ausschussmitglied Paul Jahny sieht auf der Grundlage des vorgestellten Haushaltes 2013 mit Haushaltssanierungsplan wenig Einsparpotential für das Jahr 2013. Allerdings sieht er Handlungsbedarf im Energiekostenbereich, auch über die bisher erfolgten Maßnahmen hinaus.

Ausschussmitglied Jutta Goebel bestätigt die Auffassung ihrer beiden Vorredner.

Auch Ausschussmitglied Wolfgang Houben bezeichnet es als erforderlich, die Anstrengungen im Bereich der Energiebewirtschaftung zu intensivieren.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen schließt sich ebenfalls an.

Das Ratsmitglied mit beratender Stimme Bernd Makowiack stimmt den bisherigen Ausführungen ebenfalls zu. Zusätzlich weist er darauf hin, dass bei investiven Maßnahmen im Bereich Energie auch genügend Geld zur Verfügung stehen müsse.

Beschluss-Nr. VIII/699.1.1	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beauftragt die Verwaltung einstimmig	
a) dem zuständigen Fachausschuss die für jedes einzelne städtische Objekt bislang durchgeführten Maßnahmen zur Energieeinsparung sowie die hierfür bislang getätigten Investitionen darzustellen,	
b) dem zuständigen Fachausschuss für jedes einzelne städtische Objekt weitere Möglichkeiten zur Einsparung von Energie aufzuzeigen und die hierfür ggf. erforderlichen Investitionen unter Erstellung einer Kostennutzenanalyse darzustellen.	

3.2 Neueinteilungen der Wahlkreise (CDU/SPD) Reduzierung der Ratsmandate (Bündnis 90/Die Grünen)

Ausschussmitglied Marc Venten begründet den Haushaltsantrag. Er weist darauf hin, dass sich eine Entscheidung hierüber aufgrund der vom Kommunalwahlgesetz vorgesehenen Fristen erst ab dem Jahr 2014 auswirken würde. Dennoch müsste eine Entscheidung aufgrund dieser Fristen bereits in den jetzigen Haushaltsberatungen erfolgen. Als Einsparpotential im Zusammenhang mit der Reduzierung der Wahlkreise auf 19, statt wie bisher 22, beziffert er einen Betrag in Höhe von 90.000,00 € (18.000,00 €/Jahr für fünf Jahre). Seine Ausführungen schließt er mit der Bitte an die Verwaltung ab, entsprechend neue Wahlkreise zu strukturieren.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben weist darauf hin, dass dieser Antrag bereits im Vorfeld der jetzigen Wahlperiode regelmäßig durch seine Fraktion gestellt worden sei. Er stellt seine Absicht zur Diskussion, bereits jetzt einen entsprechenden Beschluss dem Rat zu empfehlen, und nicht wie vorgeschlagen einen Auftrag an die Verwaltung zu erteilen. Diesbezüglich macht er folgenden Formulierungsvorschlag:

„Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat die Reduzierung der Ratsmandate um 6 auf 38.“

Diese Vorgehensweise findet im Hauptausschuss allgemeine Zustimmung.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell erinnert an den noch offenen Antrag seiner Fraktion von Februar 2012. Er erklärt, dass der nun beratene Haushaltsantrag daher als gemeinsamer Antrag gesehen wird.

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Reinhard Brieske antwortet das Ausschussmitglied Wolfgang Houben, dass mit der Reduzierung der Anzahl der Ratsmandate nur die gesetzlich festgeschriebene Zahl an Ratsmandate gemeint ist. Eventuelle Überhangmandate seien insofern weiterhin möglich.

Beschluss-Nr. VIII/699.1.2	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat einstimmig die Anzahl der Ratsmandate um 6 auf dann 38 zu reduzieren sowie die Anzahl der Wahlkreise um 3 auf nunmehr 19 zu kürzen.	

3.3 Gewerbesteuereinnahmen sichern (Die Aktive) Risikomanagement Gewerbesteuer (FDP)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell greift die bestehende Gewerbesteuerproblematik der Stadt Korschenbroich auf, insbesondere vor dem Hintergrund des kürzlich bekannt gewordenen Ausfalls des größten Gewerbesteuerzahlers im Stadtgebiet. In diesem Zusammenhang weist er auf die Notwendigkeit regelmäßiger Gespräche mit Gewerbesteuerzahlern hin.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen stimmt den Ausführungen ihres Vorredners grundsätzlich zu. Sie gibt Beispiele für den Einsatz eines sogenannten Risikomanagements im Bereich der Gewerbesteuer. Ihrer Meinung nach würde hierdurch ein stärkeres Vertrauen zu den Gewerbesteuerzahlern und der Stadt Korschenbroich aufgebaut werden. Zudem erhielte die Verwaltung die Möglichkeit, genauere Prognosen über die Gewerbesteuerentwicklung zu treffen.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze widerspricht den Begründungen zu den beiden Haushaltsanträgen. Solche turnusmäßigen Gespräche, wie beispielsweise von der Ratsfraktion Die Aktive angedacht, hätten keinen Einfluss auf Gewerbesteuerausfälle. Er untermauert dies mit verschiedenen Argumenten. Zum einen bezweifelt er den Informationsgehalt solcher Gespräche. Des Weiteren hätte die Stadtverwaltung nicht das Personal zu Verfügung, um dem Wunsch nach regelmäßigen Gesprächen mit Unternehmen und Konzernen zu entsprechen. Zwar würden solche bilateralen Gespräche auch aktuell stattfinden, dann aber nur anlassbezogen.

Anschließend gibt Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze dem Hauptausschuss einen Überblick über die Gewerbesteuer und den Anteil an Niederschlagungen und Stundungen in diesem Bereich:

1.315 aktive Gewerbesteuerzahler am 19.11.2012

Zahl der Niederschlagungen:

10 Fälle in 2010	175.678,00 € = 1,4 % vom Jahressoll
14 Fälle in 2011	73.194,00 € = 0,4 % vom Jahressoll
15 Fälle in 2012	173.724,00 € = 2,2 % vom Jahressoll

Zahl der Stundungen:

1. Quartal 2012	8 Fälle in Höhe von gesamt	27.100,00 €
2. Quartal 2012	10 Fälle in Höhe von gesamt	59.900,00 €
3. Quartal 2012	12 Fälle in Höhe von gesamt	60.200,00 €

Ausschussmitglied Peter Berger stellt die Frage in den Raum, wie durch den Vorschlag der Ratsfraktion Die Aktive Steuereinnahmen wirklich gesichert werden sollen. Eine Einflussnahme oder Regulierung auf die Gewerbesteuer sei seiner Ansicht nach äußerst schwierig. Er bestätigt die Ausführungen des Stadtkämmerers Bernd Dieter Schultze, dass anlassbezogene Gespräche mit Unternehmungen und Konzernen bereits jetzt ein regelmäßiges Geschäft der laufenden Verwaltung seien. Weiterhin sieht er keinen zusätzlichen Nutzen, der sich aus einer engeren Zusammenarbeit mit dem Finanzamt ergeben könne. Zusammenfassend sieht er keine Möglichkeit, Steuereinnahmen im Bereich der Gewerbesteuer zu sichern.

Ausschussmitglied Paul Jahny bemängelt die grundsätzlich unzureichende Finanzausstattung der Kommunen. Im Übrigen weist er darauf hin, dass im Hauptausschuss regelmäßig über Stundungen, Niederschlagungen etc. berichtet werde.

Bürgermeister Heinz Josef Dick bezieht sich auf den kürzlich bekanntgewordenen Gewerbesteuerausfall des größten Gewerbesteuerzahlers der Stadt Korschenbroich. An diesem Beispiel stellt er dar, dass auch regelmäßige Gespräche mit dem Unternehmen nicht zu einer Vermeidung des Gewerbesteuerausfalls geführt hätten. Der Betrieb stünde immer noch gut dar, insofern seien auch keine Anzeichen des Gewerbesteuerausfalles erkennbar gewesen. Solche Konzernumstrukturierungen, wie sie in diesem Fall stattgefunden hätten, seien zum Teil nicht einmal den Mitarbeitern des Unternehmens bekannt.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell widerspricht in diesem Zusammenhang teilweise und stellt regelmäßige Gespräche mit dem Finanzamt Grevenbroich als durchaus zielführend heraus. Zumindest könne auf diese Art und Weise versucht werden, zusätzliche Informationen zu beschaffen.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze weist nochmals darauf hin, dass die Verwaltung bei konkreten Anlässen selbstverständlich versuchen würde, entsprechende Informationen einzuholen. Dagegen seien regelmäßige Gespräche ohne Anlass entsprechend seiner vorherigen Ausführungen nicht praktikabel. Im Übrigen weist er darauf hin, dass bezogen auf den Antrag der Ratsfraktion FDP die Aufgaben eines Liquiditätsplaners bereits durch die Finanzbuchhaltung der Stadt Korschenbroich erfüllt werden.

Es erfolgt eine getrennte Abstimmung zu den beiden Anträgen der Ratsfraktionen Die Aktive und FDP.

Beschluss-Nr. VIII/699.1.3	Abstimmungsergebnis:	2 Stimmen dafür 11 Stimmen dagegen 3 Stimmenthaltungen
<p>Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt mehrheitlich den Antrag der Ratsfraktion Die Aktive, diverse Maßnahmen zur Verstärkung der Einnahmen aus der Gewerbesteuer zu realisieren, bei 2 Ja-Stimmen von Die Aktive sowie Stimmenthaltungen der Fraktionen FDP und Bündnis 90/Die Grünen ab.</p>		

Beschluss-Nr. VIII/699.1.3.1	Abstimmungsergebnis:	4 Stimmen dafür 11 Stimmen dagegen 1 Stimmenthaltungen
<p>Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt mehrheitlich den Antrag der Ratsfraktion FDP, ein Risikomanagement bei gewerbesteuerzahlenden Unternehmen einzurichten mit den Stimmen der Ratsfraktionen CDU und SPD bei einer Stimmenthaltung der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.</p>		

3.4 Einnahmen aus dem Baulandmanagement erhöhen (Die Aktive)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell erläutert den Antrag seiner Fraktion. Das Baulandmanagement sei eine Möglichkeit, Einnahmen der Stadt zu erhöhen.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach geht auf die Entwicklung des Baulandmanagements in den letzten Jahren ein. Als Ziel bezeichnet er die städtebauliche Entwicklung in Korschenbroich. Er weist darauf hin, dass seinerzeit zu diesem Thema ein Konsens im Rat herrschte. Bezogen auf den Antrag der Ratsfraktion Die Aktive, die teilnehmenden Grundstückseigentümer künftig mit 50 % zu beteiligen, entgegnet er, dass die diesbezügliche Beteiligung in der Stadt Korschenbroich bereits jetzt im Vergleich zu den angrenzenden Gemeinden die höchste sei. Ein in Zukunft, wie vorgeschlagen, höherer Satz könnte für die teilnehmenden Bürger nicht mehr lukrativ sein. Insofern sieht er dem Antrag der Ratsfraktion Die Aktive skeptisch entgegen. Ergänzend dazu weist er auf die langen Vorlaufzeiten im Rahmen des Baulandmanagements hin. Als Beispiel führt er das Gebiet Korschenbroich-West an. Eine Anhebung des Satzes würde dazu führen, dass alle bisherigen noch laufenden Aktivitäten im Bereich des Baulandmanagements auf den Prüfstand gehörten. Daher spreche er sich gegen eine Erhöhung von 33 % auf 50 % aus.

Ausschussmitglied Paul Jahny unterstreicht die Auffassung des Fachbereichsleiters Georg Onkelbach. Das Baulandmanagement sei ein Erfolgsmodell. Trotz der kritischen Haushaltslage der Stadt Korschenbroich solle weiter an dem Satz 33 % festgehalten werden.

Ausschussmitglied Marc Venten unterstreicht, dass die Generierung von Einnahmen lediglich ein Nebeneffekt des Baulandmanagements sei. Das Hauptziel sei die städtebauliche Entwicklung der Stadt Korschenbroich sowie die Steuerung von Strukturen. Gerade in diesem Bereich sei seiner Meinung nach Kontinuität wichtig. Außerdem würde eine Erhöhung

des Satzes, wie beantragt, zu keiner kurz- oder mittelfristigen Einnahmeverbesserung führen. Da der aktuelle Satz mit 33 %, wie durch den Fachbereichsleiter Georg Onkelbach erläutert, im Vergleich recht hoch sei, könne seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell betont noch einmal, dass die Stadt Korschenbroich ein Einnahmeproblem habe. Insofern biete sich im Bereich des Baulandmanagements eine Möglichkeit, dieses Problem zu lösen.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben stellt klar, dass bei bereits begonnenen Projekten des Baulandmanagements die zuvor vereinbarten Konditionen nicht mehr geändert werden sollten. Hier sieht er die Stadt zu einer gewissen Verlässlichkeit verpflichtet. Er betont, dass durch das Baulandmanagement durch die Schaffung von Baugebieten nicht nur Werte generiert werden, sondern auch Einnahmen für die Stadt. Seiner Meinung nach sei eine Erhöhung des Satzes im Rahmen des Baulandmanagements vorstellbar, aber augenblicklich nicht realisierbar.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen erläutert, dass der Antrag der Ratsfraktion Die Aktive kontraproduktiv sein könnte.

Beschluss-Nr. VIII/699.1.4	Abstimmungsergebnis: 2 Stimmen dafür 14 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt mehrheitlich den Antrag der Ratsfraktion Die Aktive, die Einnahmen aus dem Baulandmanagement zu erhöhen, bei 2 Ja-Stimmen der Aktiven ab.	

3.5 Gebäude der Hauptschule für Stadtpflegebetrieb nutzen (Die Aktive)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell erläutert den Hintergrund des Antrages seiner Fraktion. Er gibt zu bedenken, dass das Gebäude der Hauptschule ab dem Jahr 2018 voraussichtlich leer stehen würde. Jetzt biete sich die Gelegenheit, die Unterbringung des Stadtpflegebetriebes in den Räumlichkeiten der Hauptschule zu prüfen.

Bürgermeister Heinz Josef Dick nimmt die Idee zur zukünftigen Nutzung des Hauptschulgebäudes positiv zur Kenntnis, weist jedoch auf diverse Schwierigkeiten hin. Zunächst stehe die Abstimmung für die Sekundarschule noch aus. Sollte die Sekundarschule eingerichtet werden, so sei deren weitere Entwicklung ungewiss. Unter Umständen könnten sogar weitere Kapazitäten, die über das Gebäude der Realschule hinaus gingen, benötigt werden. In diesem Falle könne man dann ggf. auf die Hauptschule ausweichen. Als zweite Schwierigkeit stellt er die Zweckbindung von Zuschüssen heraus. Diese gingen über das Jahr 2018 hinaus und bedingen die ausschließliche Nutzung des Gebäudes zu Schulzwecken. Zusammenfassend seien vielfältige Möglichkeiten der weiteren Nutzung des Hauptschulgebäudes ab dem Jahre 2018 denkbar. Hierfür sei noch ein konkretes Konzept zu erarbeiten, für welches aber noch genügend Zeit zur Verfügung stünde. Eine Festlegung zum jetzigen Zeitpunkt wäre aus seiner Sicht verfrüht.

Daraufhin zieht Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell den Antrag seiner Fraktion zurück.

3.6 Bewirtschaftung Kreisverkehre (Die Aktive)

Zu der Anfrage der Ratsfraktion Die Aktive stellt Fachbereichsleiter Georg Onkelbach klar, dass sich keine Kreisverkehre im Eigentum der Stadt Korschenbroich befinden. Hauptsächlich seien die Kreisverkehre im Besitz des Rhein-Kreises Neuss.

Ausschussmitglied Jutta Goebel fragt nach, ob die Verwaltung stattdessen beim Rhein-Kreis Neuss auf die Bewirtschaftung von Kreisverkehren hinwirken könnte.

Bürgermeister Heinz Josef Dick sagt zu, dass die Verwaltung den Kreis darauf ansprechen wird.

3.7 Altentagesstätte Korschenbroich (Die Aktive)

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze weist darauf hin, dass zurzeit Gespräche mit dem Heimatverein über die Nutzung des Gebäudes Alter Bahnhof Korschenbroich geführt würden. Eventuell sei dort die Altentagesstätte über eine reine Kostenerstattung an den Heimatverein weiter zu betreiben.

3.8 Gebäude Hindenburgstraße 56 (Die Aktive)

Auf die Anfrage der Ratsfraktion Die Aktive erklärt Fachbereichsleiter Georg Onkelbach, dass zurzeit noch kein abschließendes Verfahren eingeleitet worden sei. Damit würde aber zeitnah begonnen.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze erklärt, dass in erster Linie die Vermarktung des Gebäudes Hindenburgstraße 56 beabsichtigt werde. Grundsätzlich sei aber auch eine Vermietung denkbar.

3.9 Brandschutzbedarfsplan (Die Aktive)

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze erläutert, dass der Haushalt 2013 für externe Beratungen bei der Erstellung des Brandschutzbedarfsplanes einen Haushaltsansatz in Höhe von 20.000,00 € vorsieht. Hintergrund seien Anforderungen der Bezirksregierung Düsseldorf, die so umfangreich seien, dass eine externe Beratung als erforderlich angesehen werde.

Bürgermeister Heinz Josef Dick ergänzt, dass die Struktur der reinen Freiwilligen Feuerwehr in jedem Fall beibehalten werden solle. Zur Absicherung dieser Zielsetzung sei daher eine externe Beratung sinnvoll.

3.10 Beratung durch die Gemeindeprüfungsanstalt (Die Aktive)

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze skizziert die Beratungen der Gemeindeprüfungsanstalt im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen. Er weist darauf hin, dass die GPA verschiedene Themenbereiche auf ein Sparpotenzial überprüft und zurzeit entsprechende Vorschläge erarbeitet. Der vorgelegte Haushaltssanierungsplan 2013 zeige zwar, dass aktuell die Ziele des Stärkungspaktgesetzes auch ohne weitere Maßnahmen erreicht werden könnten, jedoch sei die Erarbeitung weiterer Einsparmaßnahmen zwingend notwendig, um evtl. Risiken vorzubeugen. Die in Zusammenarbeit von Gemeindeprüfungsanstalt und Stadtverwaltung erarbeiteten Vorschläge würden der Politik noch vorgelegt werden.

3.11 Haushaltsansatz für Büromöbel und Geräte reduzieren (FDP)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen erläutert die Herkunft des in dem Haushaltsantrag genannten Betrages von 210.000,00 €. Nach Ansicht ihrer Fraktion seien zusätzliche Einsparungen bei den freiwilligen Leistungen, über die Beschlusslage 2010 hinaus notwendig.

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen weist darauf hin, dass der entsprechende Haushaltsansatz für Büromöbel und Geräte 200.000,00 € beträgt. Im Übrigen seien die Kosten für den Umbau des Gebäudeteils A des Gymnasiums auf insgesamt 3.340.000,00 € gedeckelt. Im Detail handelte es sich bei dem durch die Ratsfraktion FDP thematisierten Haushaltsansatz um Betriebs- und Geschäftsausstattung für Büros, den Ratssaal aber auch weitere Räumlichkeiten. So seien über den Haushaltsansatz beispielsweise auch Umzugskosten und Einrichtungskosten für das Stadtarchiv, Leinwände, Beamer, Verkabelung, Stehtische, Ausstattung des Multifunktionsraumes usw. abgedeckt. Er stellt klar, dass selbstverständlich nicht jeder Büroarbeitsplatz vollständig neues Mobiliar erhält. Lediglich durch die neuen Räumlichkeiten bedingte Ergänzungsmaterialien würden beschafft werden. Den von der Ratsfraktion FDP als ausreichend bezeichneten Betrag in Höhe von 50.000,00 € sieht er als nicht realisierbar an. Dies seien in etwa die Kosten, die ausschließlich für Umzug und Einrichtung des Stadtarchivs geschätzt werden.

Ausschussmitglied Marc Venten bezeichnet die Herangehensweise der Ratsfraktion FDP als fragwürdig. Im Übrigen sei die Begründung des Haushaltsantrages falsch, dass das Feuerwehrgerätehaus Glehn aufgrund einer Haushaltssperre in das Haushaltsjahr 2013 verschoben worden sei.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen stellt klar, dass alle Investitionen auf den Prüfstand gehörten. Jedoch werde nach den Erläuterungen der Verwaltung der Antrag zum Haushalt 2013 zurückgezogen.

Ergänzend weist Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell darauf hin, dass er einen vergleichbaren Fall des Umzuges von Arbeitsplätzen kenne, der zu ähnlichen Kosten führe.

3.12 Einsatz von Open-Source-Software in Schulen (FDP)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen erläutert den Antrag der Ratsfraktion FDP auch vor dem Hintergrund der damaligen Haushaltsberatungen zum Haushalt 2012. Sie räumt ein, das bezogen auf den Verwaltungsbereich der Einsatz Open-Source-Software schwierig umsetzbar sei. Dies gelte jedoch nicht für den Schulbereich. Durch eine Zusammenarbeit mit den Lehrern könnten in diesem Bereich sicherlich Einsparungen erzielt werden.

Bürgermeister Heinz Josef Dick stellt zunächst klar, dass der in der Antragsbegründung der FDP angegebene Betrag in Höhe von 8.500,00 € für Software in Schulen lediglich für Lernsoftware bereitgestellt werde, nicht aber für Office oder ähnliches. Die Streichung dieses Ansatzes würde insofern bedeuten, dass den Schulen für das Haushaltsjahr 2013 keine zusätzliche Lernsoftware zur Verfügung stünde.

Ausschussmitglied Paul Jahny befürwortet die Prüfung des Einsatzes für Open-Source-Software in Schulen.

Auch Ausschussmitglied Marc Venten erklärt sich mit dem Prüfauftrag einverstanden.

Beschluss-Nr. VIII/699.1.5	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beauftragt die Verwaltung, im schulischen Bereich den Einsatz von Open-Source-Software (OSS) zu prüfen.	

3.13 Freiwillige Leistungen beim Stadtarchiv streichen (FDP)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen begründet den Haushaltsantrag der Ratsfraktion FDP und bezieht sich auf die Haushaltsberatungen zum Haushalt 2012, wo diese Thematik bereits diskutiert worden sei.

Bürgermeister Heinz Josef Dick erläutert, dass der Großteil des Stadtarchivs als sogenanntes Zwischenarchiv für die Stadtverwaltung fungiere. Lediglich ein kleiner Teil des Stadtarchivs diene als historisches Archiv, was insofern eine freiwillige Leistung darstelle. Die beabsichtigte Verlagerung des Stadtarchivs in den Gebäudeteil A des Gymnasiums würde zu Mieteinsparungen führen. Im Übrigen würde der Teilbereich des historischen Archivs von Bürgern der Stadt Korschenbroich bereits stark frequentiert werden. Schließlich würde die von der Ratsfraktion FDP angedachte Teilauslagerung des Stadtarchivs nicht zu den genannten Einsparungen in Höhe von 21.724,00 € führen, sondern deutlich darunter liegen, bei gleichzeitiger spürbarer Reduzierung des Bürgerservices.

Auch Ausschussmitglied Marc Venten bezeichnet die Höhe der Einsparungen bei einer Verlagerung des historischen Archivs als deutlich geringer. Der volle Betrag in Höhe von 21.724,00 € könne nur erzielt werden, wenn das sogenannte historische Archiv in Gänze abgeschafft würde.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen erklärt die Entfernung nach Zons im Falle einer Verlagerung des Stadtarchivs als durchaus zumutbar für die Mitarbeiter und die Bürgerinnen und Bürger.

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen erläutert die Berechnung des von der Ratsfraktion FDP genannten Betrages. Er betont jedoch, dass selbst im Falle einer Schließung des sogenannten historischen Archivs kein Einsparpotenzial in der genannten Höhe erzielt werden würde.

Bürgermeister Heinz Josef Dick ergänzt, dass beispielsweise auch vorhandene Leerräume im Stadtarchiv für das sogenannte historische Archiv verwendet würden. Ein Einsparpotenzial sei seiner Meinung nach faktisch nicht realisierbar.

Der Antrag der Ratsfraktion FDP wird daraufhin zurückgezogen.

3.14 Schließung des Rathauses vom 22.12.2012 bis 01.01.2013 (FDP)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen erläutert den Antrag der Ratsfraktion FDP vor dem Hintergrund der Regelungen in Großstädten sowie in Grevenbroich.

Bürgermeister Heinz Josef Dick erklärt, dass eine entsprechende Wirtschaftlichkeitsbetrachtung durch die Verwaltung aufgestellt worden sei. Dies sei auch unter Einbezug des Personalrates geschehen. Als Resultat sei die Verordnung von Zwangsurlaub für die Mitarbeiter

der Stadtverwaltung als nicht lohnenswert erachtet worden. Aufgrund zwingend erforderlicher Bereitschaften könne eine solche Vorgehensweise sogar zu Mehrkosten führen.

Begründend fügt Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen hinzu, dass durch die Verordnung von Zwangsurlaub sogenannte Urlaubsrückstellungen für Mitarbeiter aufgelöst werden könnten, die zu einer Haushaltsverbesserung führten.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach führt aus, dass alleine für den Winterdienst ggf. 20 bis 25 Personen eingesetzt werden müssten. Hierfür seien dann Bereitschaftszeiten einzurichten. Dies gelte auch für andere Bereiche der Stadtverwaltung, beispielsweise das Ordnungsamt. Hieraus resultierende zusätzliche Vergütungen für Bereitschaftszeiten könnten insofern sogar zu Mehrkosten führen.

Der Antrag der Ratsfraktion FDP wird daraufhin zurückgezogen.

3.15 Einsparpotenziale bei Sportplätzen prüfen (FDP)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen erläutert, dass der Anlass für eine diesbezügliche Prüfung vorliege.

Ausschussmitglied Jutta Goebel merkt an, dass bezogen auf die Pflegestandards die Kosten pro Fläche unbekannt seien. Insofern seien die in dem Antrag der Ratsfraktion FDP genannten 92.000,00 € nicht plausibel.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen antwortet, dass es sich dabei um einen 20 %igen Anteil an den freiwilligen Leistungen in diesem Bereich handelte.

Ausschussmitglied Jutta Goebel weist im Übrigen auf die bislang erfolgten Sparbeschlüsse der Politik im Sportbereich hin. Diesbezüglich führt sie die Kürzung der Vereinszuschüsse und die Festlegung von Energiekostenerstattungen an. Außerdem würde auch die Sparkasse zukünftig weniger Geld an die Vereine auslegen. Im Rahmen dieser Betrachtung sei eine weitere Kürzung der Förderung von Sportvereinen sicherlich nicht zielführend. Bereits jetzt leisteten die Vereine aufgrund fehlender Finanzierungen sehr viel Arbeit in Eigeninitiative. Daher schieße der Antrag der Ratsfraktion FDP über das Ziel hinaus.

Ausschussmitglied Marc Venten pflichtet den Ausführungen des Ausschussmitgliedes Jutta Goebel bei.

Auch Ausschussmitglied Wolfgang Houben sieht bei den Zuschüssen an Vereine keinen weiteren Senkungsbedarf. Das Potenzial sei aktuell ausgeschöpft.

Das Ratsmitglied mit beratender Stimme Bernd Makowiack weist zusätzlich darauf hin, dass auch das private Sponsoring für Vereine immer weiter wegbreche. Weitere Einsparmaßnahmen sollten sich wenn, dann auf alle Bereiche der Stadtverwaltung konzentrieren, nicht aber nur auf den Sportbereich.

Ausschussmitglied Max Neumann hält eine weitere Kürzung, wie von der FDP vorgeschlagen, für nicht nachvollziehbar.

Beschluss-Nr. VIII/699.1.6	Abstimmungsergebnis: 2 Stimmen dafür 14 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt mehrheitlich den Antrag der Ratsfraktion FDP, weitere Einsparpotenziale bei Sportplätzen zu prüfen, bei 2 Ja-Stimmen der Ratsfraktion FDP ab.	

3.16 Energieeinsparungen (Bündnis 90/Die Grünen)

Ausschussmitglied Wolfgang Houben weist darauf hin, dass dieser Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen als Ergänzung zu Tagesordnungspunkt 6 dieser Hauptausschusssitzung zu verstehen sei. Er führt aus, dass eine Gesamtbetrachtung im Bereich der Energiebewirtschaftung, auch über einen längeren Zeitraum, empfehlenswert sei. Es müsse in diesem Bereich eine Perspektive geschaffen werden. Dabei sollen zukünftig insbesondere auch die Kindertagesstätten in den Fokus gerückt werden.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach betont, dass die Betrachtungen im Bereich möglicher Energieeinsparungen bereits sehr weit gefasst werden. Er sieht dem Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen positiv entgegen.

Auch Ausschussmitglied Marc Venten erklärt sich mit der Vorgehensweise einverstanden.

Bürgermeister Heinz Josef Dick unterstreicht, dass eine Zustimmung zu dem Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen gleichzeitig auch die Zustimmung zu Tagesordnungspunkt 6 dieser Hauptausschusssitzung bedeutete.

Ausschussmitglied Marcus Klancicar wünscht sich zu dem Thema Energieeinsparungen weitere Berichte in den entsprechenden Gremien.

Beschluss-Nr. VIII/699.1.7	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beauftragt die Verwaltung einstimmig, zu prüfen, ob sich durch Zusammenfassung der Heizsysteme und Stromversorgung von Kindergarten Am Hallenbad, Grundschule und Mehrzweckhalle mittel- und langfristig zusätzliche Einsparungen erzielen lassen.	

3.17 Asylbewerberunterkunft (Bündnis 90/Die Grünen)

Ausschussmitglied Wolfgang Houben sieht den Anlass zu dem Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen in den derzeitigen, kommunenübergreifenden Diskussionen in NRW. Er schlägt die dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern beispielsweise am Rande des Stadtteils Herrenshoff vor.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze hebt hervor, dass diverse Unterbringungsmöglichkeiten bereits geprüft worden seien. Als Resultat dieser Betrachtungen wird der Neubau von Gebäuden als notwendig erachtet. Grundsätzlich sei der Bedarf in diesem Bereich als tendenziell steigend zu bezeichnen.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben bezeichnet den Prüfauftrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen somit als erledigt.

3.18 Weitere Sparvorschläge

Das Ratsmitglied mit beratender Stimme Bernd Makowiack stellt zwei weitere Sparvorschläge zur Diskussion. Zum einen unterbreitet er den Vorschlag, dass die sogenannte Ratspost zukünftig nur noch einmal die Woche an die Ratsmitglieder zugestellt werden könnte, statt mehrmals in einer Woche. Des Weiteren erkundigt er sich danach, inwieweit durch die externe Vergabe von Aufgaben im Bereich Forstwirtschaft eine Senkung des Zuschussbedarfes erreicht werden könnte.

Bürgermeister Heinz Josef Dick antwortet, dass bezüglich der sogenannten Ratspost meistens feststehende Fristen eingehalten werden müssten. In diesem Zusammenhang sei es seiner Meinung nach nur sinnvoll, die Versendung von Unterlagen in Papierform komplett abzustellen, und die entsprechenden Unterlagen nur noch über PV-Rat online zur Verfügung zu stellen. Den von Herrn Makowiack angesprochenen Bereich der Forstwirtschaft bezeichnet Bürgermeister Heinz Josef Dick als Zuschussgeschäft. Er macht darauf aufmerksam, dass in den letzten Jahren hauptsächlich Pappeln geschlagen worden, die auf dem Markt als nicht sehr werthaltig gelten würden.

Nachfolgend wird über die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013 sowie den Haushaltssanierungsplan abgestimmt.

Beschluss-Nr. VIII/699.1	Abstimmungsergebnis: 12 Stimmen dafür 2 Stimmen dagegen 2 Stimmenthaltungen
3 a) Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat bei Gegenstimmen der Ratsfraktion Die Aktive sowie Stimmenthaltungen der Ratsfraktion FDP, die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013 in der vorliegenden Fassung mit Haushaltsplan und Anlagen zu beschließen.	

Beschluss-Nr. VIII/699.1	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
3 b) Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat einstimmig, den Haushaltssanierungsplan 2012 in der Fassung der 1. Fortschreibung mit dem Haushalt 2013 zu beschließen.	

4. Stellen- und Organisationsplan 2013 der Stadt Korschenbroich sowie der städtischen Eigenbetriebe

Beschluss-Nr. VIII/694.1	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
<p>Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat den Stellen- und Organisationsplan der Stadt Korschenbroich für das Haushaltsjahr 2013 sowie die Stellenpläne 2013 für den Städt. Abwasserbetrieb und für den Eigenbetrieb Stadtpflege in den vorliegenden Fassungen zu beschließen.</p> <p>Die Stellen- und Organisationspläne sind der Urschrift dieser Niederschrift als Anlage 5 beigelegt.</p>	

5. Aufhebung der Haushaltssperre für die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Glehn

Beschluss-Nr. VIII/671.1	Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür 2 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
<p>Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat die bestehende Haushaltssperre bei der INV 60.024 – Baumaßnahme Feuerwehrgerätehaus Glehn aufzuheben bei 2 Gegenstimmen der Ratsfraktion Die Aktive.</p>	

6. Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln für die Erneuerung der Heizungsanlage im Kindergarten Am Hallenbad

Beschluss-Nr. VIII/736	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
<p>Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat, 50.000,00 € für die Erneuerung der Heizungsanlage im Kindergarten Am Hallenbad außerplanmäßig bereitzustellen.</p> <p>Zur Finanzierung der außerplanmäßigen Ausgaben empfiehlt der Hauptausschuss dem Rat die Freigabe einer Teilsperre in Höhe von 50.000,00 € bei der INV 40.030 – Neubau Kleinspielfeld.</p>	

7. Festsetzung der Abfallentsorgungsgebühren für das Jahr 2013 in Verbindung mit der Neufassung der Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Korschenbroich

Beschluss-Nr. VIII/710	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich nimmt die Ausführungen der Verwaltung zu dem vorgenannten Tagesordnungspunkt zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat zu beschließen:	
<ol style="list-style-type: none">1. Die Neufestsetzung der Abfallentsorgungsgebühren zum 01.01.2013 auf der Basis der Gebührenbedarfsberechnung, welche Anlage der Sitzungsvorlage war und der Urschrift dieser Niederschrift als Anlage 6 beigefügt wird.2. Die Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Korschenbroich mit Wirkung vom 01.01.2013, die Anlage der Sitzungsvorlage war und der Urschrift dieser Niederschrift als Anlage 7 beigefügt ist.	

8. Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen der Stadt Korschenbroich

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze erläutert die Sitzungsvorlage der Stadtverwaltung und hebt hervor, dass hierdurch eine Möglichkeit für den Werbekreis Glehn geschaffen werden soll, einen verkaufsoffenen Sonntag am 4. Advent zu veranstalten.

Ausschussmitglied Peter Berger signalisiert diesbezüglich seine Zustimmung. Er fragt nach, ob der verkaufsoffene Sonntag in Glehn auch für die Folgejahre am 4. Advent zur Verfügung steht.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze bestätigt diese Aussage.

Beschluss-Nr. VIII/740	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat einstimmig die Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen der Stadt Korschenbroich in der der Urschrift dieser Niederschrift als Anlage 8 beigefügten Fassung zu beschließen.	

9. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen seitens der Verwaltung vor.

10. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Ausschussmitglied Jutta Goebel erklärt, dass Sie die mit dem Haushaltsplan 2012 vorgelegten produktbezogenen Kennzahlen damals sehr positiv zur Kenntnis genommen hätte. Sie bedauere, dass der Haushaltsplan für das Jahr 2013 wieder weniger Kennzahlen beinhaltet.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze erklärt, dass aufgrund der zeitlichen Engpässe bei der Haushaltsplanerstellung dieses Jahr weniger Kennzahlen in den Haushaltsplan eingestellt worden seien. Für die Erstellung des Haushaltsplanes 2014 stellt er in Aussicht, dass dann die produktorientierten Kennzahlen im Haushalt wieder umfangreicher dargestellt würden.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen schlägt vor, die Sitzung des Hauptausschusses zu den Haushaltsberatungen demnächst auf eine spätere Uhrzeit festzulegen, als 16.00 Uhr. Dies käme einigen berufstätigen Hauptausschussmitgliedern zugute.

Nach einer kurzen Diskussion im Hauptausschuss wird der Vorschlag verworfen.